

Wie gibt es Frieden?

Interview mit Thorsten Gromes

TUP: Kürzlich war in einem Nachrichtenmagazin mit Blick auf die Bedrohung für Japan, Südkorea und Taiwan durch China folgendes Zitat eines Politikers zu lesen: „Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor.“ Ist da was dran?

Gromes: Dieses Motto hat eine lange Tradition. Die Idee dahinter: Krieg entsteht dadurch, dass man schwach ist und damit einem Gegner Anlass zum Angriff gibt. Das heißt, wenn meine Gruppe oder mein Staat stark ist, dann ist er kein leichtes Opfer eines Überfalls. Das kennen wir heute unter dem Begriff „Abschreckung“. Wir reden aber vom sogenannten Sicherheitsdilemma. Ein Staat rüstet sich, um den Frieden zu erhalten. Das Problem dabei ist, wie das andere Staaten wahrnehmen: Ist die Aufrüstung die Vorbereitung eines Angriffskriegs? Oder ist sie nur im Sinne von Friedenssicherung zu verstehen? Wenn der eine Staat rüstet, kann der andere Staat nicht wissen, ob es aus Verteidigungsinteresse geschieht oder aus aggressiven Motiven. Er muss davon ausgehen: Die Rüstung des anderen ist eine Bedrohung, und er muss entsprechend wiederum selbst aufrüsten. Die vermeintliche Steigerung der Sicherheit des einen geht auf Kosten der Sicherheit des anderen.

War das der Zustand während des Kalten Krieges?

Beim Kalten Krieg kam noch hinzu, dass die Sicherheitsbestrebungen unter der Möglichkeit der gegenseitigen atomaren Vernichtung standen. Das wurde ja bis hin zur gesicherten Zweitschlagskapazität getrieben, wonach die zuerst angegriffene Seite trotzdem in der Lage war, in einem Gegenschlag noch so viele Atomwaffen abzufeuern, dass die andere vernichtet wird. Diese Logik der Abschreckung funktioniert nur oder vor allem dann, wenn man davon ausgeht, dass auf allen Seiten rationale Spieler sind.

Wie bedeutsam sind für den Erhalt von Frieden das Völkerrecht und Menschenrechte?

Völkerrecht und internationale Institutionen haben das Ziel, das angesprochene Sicherheitsdilemma etwas zu lindern. Eine andere Idee ist es, Demokratie und wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten als Stabilitätsfaktoren zu verstehen. Demokratie soll dem unterstellten Wunsch der meisten Menschen nach Frieden politisch Geltung verschaffen. Die Annahme hinter wechselseitigen Abhängigkeiten ist: Je stärker Staaten miteinander verflochten sind, desto weniger besteht der Anreiz, dem anderen zu schaden, den anderen anzugreifen, weil es nachher auch einem selber wehtut.

Trifft das gegenwärtig zu?

Eher nicht. In diesem Zusammenhang wird auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg verwiesen. Seinerzeit war die Globalisierung fortgeschrittener als je zuvor. Dieser Umstand konnte

es jedoch nicht verhindern, dass der Erste Weltkrieg ausbrach. Auch die vielen Bürgerkriege mahnen zur Skepsis. Innerhalb von Staaten sind wechselseitige Abhängigkeiten oft stärker als zwischen Staaten. Dennoch kommt es zum Krieg.

Nehmen wir an, dass Russland die Oberhand im Krieg behält. Damit ist die Ukraine innerlich noch nicht befriedet, oder? Wie kann man dann in dem Land Frieden herstellen und sichern?

Falls die russischen Truppen im konventionellen Krieg die Oberhand gewinnen, dann spricht vieles dafür, dass damit der Krieg nicht vorbei ist. Schaut man sich die große Verteidigungsbereitschaft der Ukrainer an, dann ist ein anschließender Guerillakrieg der ukrainischen Seite überhaupt nicht auszuschließen. Ich halte ihn dann sogar für ziemlich wahrscheinlich.

Was sind die Gründe?

Die ukrainische Seite wird Rückzugsgebiete außerhalb des eigenen Staatsgebietes haben. Ich denke an die angrenzenden Nato-Staaten. Solche Rückzugsräume sind wichtig für das Überleben von Guerillagruppen. Es ist auch erwartbar, dass es einen massiven Weiterfluss von ziemlich fortgeschrittenen Waffen geben wird. Eine ukrainische Guerilla muss also nicht improvisierte Sprengsätze bauen, sondern kann etwa massenhaft Panzerfäuste aus dem Westen nutzen. Das Szenario nach einem konventionellen Sieg wäre der Ausbruch eines Guerillakrieges, der extrem brutal sein und lange dauern könnte. Wenn man sich die russische Kriegsführung etwa in Tschetschenien oder in Afghanistan anschaut, dann verstärkt das die Furcht vor einem langen und rücksichtslosen Krieg in der Ukraine.

Übrigens bedarf es für einen Guerillakrieg nicht vieler Leute; da reichen ein paar Tausend, und die brauchen dafür auch keine Anweisung von oben.

Was wäre denn nötig, um so etwas zu verhindern? Müssten irgendwelche – bildlich gesprochen – Blauhelmschützen stationiert werden? Oder ist das sinnlos, wenn kleine Gruppierungen ausreichen, um wieder Gewalt anzuzetteln?

Bei Guerillakriegen ohne feste Fronten haben es Friedenstruppen schwerer als bei konventionell geführten Kriegen. Für Friedenstruppen ist es einfacher, wenn die Konfliktparteien räumlich klar voneinander getrennt sind und sich voreinander abschirmen lassen.

Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass es international größere Bereitschaft zu einem Einsatz gäbe, der praktisch auf eine Aufstandsbekämpfung für Russland hinauslaufen könnte. Ebenso schwer vorstellbar scheint derzeit ein Einsatz von Friedenstruppen nach einem Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine. Welches Land wäre denn bereit, Truppen in eine Mission zu schicken, bei der es zur Konfrontation mit russischen Verbänden kommen könnte? Und würde Russland so einem Einsatz überhaupt zustimmen?

Ist Ihnen aus Ihrer Forschung ein ähnlicher Fall aus anderen Regionen mit einem ähnlichen Szenario bekannt?

Bei Bürgerkriegen ist es eher andersherum: Hält sich eine Rebellengruppe für stark genug, wechselt sie von Guerillakriegsführung zur konventionellen Kriegsführung. Wir kennen auch Bürgerkriege, die konventionell von beiden Seiten ausgetragen wurden. Denken Sie

etwa an die zweite große Kriegerunde um Bergkarabach vor anderthalb Jahren oder an die Kriege in Kroatien oder Bosnien-Herzegowina in den Neunzigerjahren.

Mir ist klar, dass es für Bürgerkriege nicht die *eine* Erklärung gibt. Aber gibt es Muster für solche Konflikte, tiefere Ursachen, die immer wieder zu Bürgerkriegen führen?

Ein entscheidender Punkt ist die Frage von Sicherheit. Konflikte nehmen dann an Fahrt auf, wenn Gruppen meinen, dass ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist; wenn also der Punkt erreicht ist, wo die Gesellschaft in Teile zerfällt und die Sicherheit nicht mehr als Gemeinsames erlebt wird, sondern die Sicherheit der einen Gruppe auf Kosten der anderen geht. Hier haben wir also ein Sicherheitsdilemma nicht zwischen Staaten, sondern zwischen Gruppen innerhalb eines Staates.

Wichtig ist auch: Ein Bürgerkrieg bricht nicht aus, nur weil es organisierte Gruppen mit gegensätzlichen Interessen gibt. Es kommt darauf an: Gibt es die Möglichkeit, friedlich für die eigenen Interessen einzutreten? Gibt es Institutionen, die Konflikte in gewaltlosen Bahnen halten können? Falls ja, dann gelingt es zumeist, einen Krieg zu verhindern.

Wie wichtig sind in diesem Zusammenhang stabile demokratische und rechtliche Strukturen?

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelten als ganz entscheidende Ursachen für innerstaatlichen Frieden. Die meisten Menschen wollen keinen Krieg, sie wollen Frieden. Und Demokratie soll dafür sorgen, dass sich dieser Friedenswunsch in Politik umsetzt. Klar, in einer Gesellschaft gibt es immer Konflikte, das ist kaum zu vermeiden und auch nicht weiter schlimm, weil Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Wege bieten, mit Konflikten gewaltlos umzugehen.

Der Demokratie liegt zudem die Idee zugrunde, Macht auf vielfältige Art und Weise zu beschränken. Demokratie ist nicht nur ein Modus der Konfliktaustragung, sondern auch eine Konfliktbegrenzung, weil Macht eingeschränkt wird; weil Macht nur auf Zeit verliehen wird und nicht auf Dauer. Die Macht wird ebenso aufgeteilt auf verschiedene politische Ebenen; denken Sie bei uns an Bund, Länder und Gemeinden.

Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang: Diese Friedensleistung der Demokratie ist nur dann gegeben, wenn alle wesentlichen Kräfte die Chance haben, an der Macht teilzuhaben. Bleibt eine Gruppe dauerhaft davon ausgeschlossen, dann ist das Friedensversprechen der Demokratie gefährdet.

Wie wichtig ist in diesem Kontext die Kategorie des Vertrauens?

Eine große Debatte. Inwiefern bringt Demokratie Vertrauen hervor? Inwiefern braucht Demokratie selbst Vertrauen?

Beides, oder?

Genau. Es sind Prozesse, die sich gegenseitig beeinflussen. In einer funktionierenden repräsentativen Demokratie etwa gibt es das Vertrauen in den demokratischen Prozess. Anders gesagt: Ein Wahlverlierer weiß, dass er bei den nächsten Wahlen wieder antreten kann, um diese vielleicht wieder für sich zu entscheiden. Es setzt das Vertrauen voraus, dass das demo-

kratische System fortbesteht, auch wenn jemand anderes die Macht übernimmt. Konkret mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 in Deutschland: Die CDU/CSU vertraut darauf, dass die aktuelle Regierung ihre Macht nicht so missbrauchen kann und wird, dass die Unionsparteien künftig keine Chancen mehr haben, Wahlen zu gewinnen.

Wie bedeutsam sind funktionierende staatliche Strukturen für das friedliche Miteinander in einer Gesellschaft?

Den Gedanken kann man vielleicht verknüpfen mit der Demokratiefrage. Demokratie, so wie eben skizziert, ist immer an staatliche Strukturen gebunden. Entscheidungen müssen ja umgesetzt werden; und das macht der Staat. Sprich: Demokratie ist immer mit Staatlichkeit zu denken; deshalb ist der Aufbau von Demokratie immer auch Aufbau von Staatlichkeit und Staat. Oftmals war es so: Erst kam der Staat, dann die Demokratie. Aber wir haben auch Situationen, nach Bürgerkriegen, in denen die staatlichen Institutionen zusammengebrochen sind und dann Demokratisierung einhergehen muss mit der Bildung staatlicher Strukturen.

Wenn also staatliche Strukturen, repräsentativ-demokratische Strukturen und rechtliche Strukturen innerhalb eines Staates funktionieren, dann ist das friedensbewahrend?

So ist es. Es gibt Wissenschaftler*innen, die die Regimeform eines Staates messen; ob dieser ein demokratisch oder autokratisch verfasster Staat oder etwas dazwischen ist. Mit Blick auf den Frieden im Inneren, also die Abwesenheit von Bürgerkrieg, treten interessante Befunde zutage. Demnach sind Bürgerkriege am unwahrscheinlichsten in Demokratien, in Autokratien deutlich wahrscheinlicher; laut manchen Untersuchungen doppelt so wahrscheinlich. Am gefährlichsten ist es allerdings in der Zone zwischen Demokratie und Autokratie, in der sogenannten Anokratie. Da ist die Bürgerkriegsgefahr dreimal höher als in Demokratien.

Für das Verhältnis zwischen Staaten ist der Befund des demokratischen Friedens interessant. Er sagt, dass es zwischen demokratischen Staaten keine oder so gut wie keine Kriege gibt. Die Staaten erkennen sich gegenseitig als demokratisch. Man sieht, im Inneren geht der andere Staat mit seinen Menschen freundlich um, gibt ihnen Möglichkeiten, für die eigenen Interessen einzustehen. Der Staat begrenzt seine eigene Macht und hat im Inneren Frieden. Daraus schließt man, dass er auch nach außen friedensbereit ist. Die Forschung hat aber noch etwas anderes festgestellt: Im Außenverhalten sind Demokratien nicht grundsätzlich friedlich, gegenüber Nichtdemokratien sogar durchaus sehr kriegesrisch, wie etwa der Irakkrieg 2003 zeigt.

Es ist zu beobachten, dass rechtspopulistische und autoritäre Regierungen weltweit an Zulauf gewinnen. Wird unter derartigen Regierungen letztlich Frieden vakanter?

Mit Blick auf die Zahlen, wonach der Frieden in Demokratien deutlich stabiler ist als in Anokratien und Autokratien, kann gefolgert werden, dass der Verlust von Demokratie, das Sich-zu-Bewegen auf Anokratie und Autokratie, die Kriegsgefahr im Inneren erhöht. Auf diesen Verlust arbeiten viele rechtspopulistische Regierungen hin, und ein Verlust an Demokratie erhöht die Gefahr von Bürgerkrieg.

Auch die zwischenstaatliche kriegerische Auseinandersetzung?

Da wäre ich zurückhaltender. Wenn man sich das weltweite Kriegsgeschehen anschaut, dann gibt es sehr selten zwischenstaatliche Kriege.

Sind wir deshalb auch so konsterniert angesichts der Ukraine-Invasion?

Ja, und völlig zu Recht. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es gelungen, den zwischenstaatlichen Krieg weitgehend aus der Welt zu schaffen. Zwischenstaatliche Kriege haben wir relativ selten, und viele der noch zu beobachtenden zwischenstaatlichen Kriege haben einen Hintergrund im Zerfall einer gemeinsamen Staatlichkeit. Staaten führen keine Eroberungskriege mehr. Das ist der große Regelbruch in der Ukraine. Es ist zum Glück noch die Ausnahme und nicht die Regel. Die Angst besteht vor der Rückkehr in alte Zeiten, in denen es zum normalen politischen Spiel gehörte, dass der eine Staat den anderen angreift, um sich diesen ganz oder teilweise einzuverleiben.

Muss man sich jetzt von der Idee der Weltgemeinschaft verabschieden, wie es mancherorts geschrieben wird?

„Weltgemeinschaft“ greift sehr hoch. Aber es gab und gibt internationale Normen. Wenn es gewisse Normen gibt, werden diese nie zu 100 Prozent gelebt – und trotzdem gibt man diese Normen nicht auf. Ein Kollege brachte es zugespitzt auf den Punkt: „Wir verzichten ja nicht auf das Strafrecht, wenn ein Mord begangen wird.“ Es gibt rund 200 Staaten. Wenn sich ein, zwei, drei Staaten nicht an Normen halten, dann bedeutet es ja nicht, dass überall auf der Welt und für immer diese Normen außer Kraft gesetzt sind. Es gibt ja eine gewaltige Mehrheit an Staaten, die nicht möchten, dass Russland mit seinem Vorgehen durchkommt.

Abschließend: Gibt es so etwas wie den Idealzustand einer friedlichen Gesellschaft?

Ja, und er wird nicht nur in utopischen Romanen beschrieben. Es gibt ein Konzept des Friedensforschers Dieter Senghaas, das sogenannte „Zivilisatorische Hexagon“. Senghaas versucht, aus der Historie herauszuarbeiten, was jene Elemente sind, die zusammenkommen müssen, damit ein Staat im Inneren friedlich ist. Demnach bedarf es eines staatlichen Gewaltmonopols, damit nicht jeder machen kann, was er will. Dieses muss eingeeht sein durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das sind die zweiten und dritten Elemente. Damit die Leute gar nicht erst erwägen, zur Gewalt zu greifen, muss es sozial gerecht zugehen. Nun kommt als Fünftes noch der stark soziologische Begriff der wechselseitigen Abhängigkeiten, die jedes Individuum einbinden, hinzu; Abhängigkeiten, die dazu zwingen, nicht jedem Impuls direkt nachzugehen, sondern die eigenen Affekte unter Kontrolle zu halten, weil man von anderen Leuten abhängig ist. Der sechste Baustein ist eine konstruktive Konfliktkultur: Konflikte sollen nicht unterdrückt, sondern zugelassen und gewaltlos ausgetragen werden. Nach Senghaas gibt es einen stabilen innergesellschaftlichen Frieden, wenn diese sechs Elemente vorliegen.

Das Interview wurde Anfang März 2022 geführt. Interview: Peter Kuleša

Dr. Thorsten Gromes

arbeitet am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main.
E-Mail: gromes@hsfk.de